



interfraktioneller Antrag

Öffentlich

Datum

4. Juli 08

Nummer

1111/08

Absender

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion BIBS
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

Adressat

Oberbürgermeister Dr. Hoffmann
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

Gremium

Rat

Sitzungstermin

8. Juli 08

Betreff

zu TOP 30:
Resolution zur Schließung der Schachanlage Asse II

Der Rat der Stadt Braunschweig möge nachfolgenden Antrag beschließen:

1. Im Rahmen seiner Vorsorgepflicht wendet sich die Stadt Braunschweig gegen das Verfüllungs- und Flutungskonzept des Atommüllendlagers Asse II, da mit diesem Konzept das Risiko einer radioaktiven Verseuchung von Luft, Wasser und Boden und damit eine erhebliche Gesundheitsbeeinträchtigung der Einwohner/innen in der Stadt Braunschweig, im Verbandsgebiet des Zweckverbandes Großraum Braunschweig sowie in der Metropolregion Hannover – Braunschweig – Wolfsburg - Göttingen verbunden sind. Gleichzeitig schließt sich der Rat der Resolution (siehe Anhang) an, die der Wolfenbüttler Kreistag in seiner Sitzung am 20. März 2006 zur Schließung der Schachanlage Asse II im Remlingen verabschiedet hat.
2. Im Rahmen der Gemeindegrenzen übergreifenden Zusammenarbeit im Zweckverband Großraum Braunschweig sind die Kommunalen Mitglieder des Zweckverbandes von Beschluss 1 und von der Begründung zu unterrichten.
3. Die in der Metropolregion Hannover – Braunschweig – Wolfsburg - Göttingen eingebundenen Partner sind vom Beschluss 1. und von der Begründung zu unterrichten.

Begründung

Ähnlich lautende Anträge sind vom Landkreis Göttingen und der Stadt Bad Harzburg verabschiedet worden. Diese drücken damit explizit auch ihre Verbundenheit für die Region aus. Die Ereignisse im Atommüllendlager Asse II zeigen, wie unsicher derzeit die Endlagerung von Atommüll ist und wie viele Fragen speziell für das Endlager Asse II unbeantwortet sind. Die Wolfenbüttler Resolution benennt nach wie vor die kritischen Punkte und hat an Aktualität deshalb nicht verloren.

Von möglichen Gefahren ist nicht nur der Landkreis Wolfenbüttel betroffen, sondern alle in der Region beheimateten Landkreise, Gemeinden und kreisfreien Städte – somit auch die Stadt Braunschweig.

Die Wolfenbütteler Resolution soll durch den Rat der Stadt Braunschweig Unterstützung finden und der damit seine Verantwortung für die Braunschweiger Bürgerinnen und Bürger und seine Solidarität für die Region zeigt.

Kosten entstehen durch diesen Antrag nicht.

gez. Gisela Witte und Holger Herlitschke
Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

gez. Frank Gundel
BIBS-Fraktionsvorsitzender

i.V. Michael Walther
BIBS-Fraktionsgeschäftsführer

Anhang

Wortlaut der Wolfenbüttler Resolution:

"Der Kreistag des Landkreises Wolfenbüttel sowie die Räte der Samtgemeinden Asse und Schöppenstedt verabschieden die nachfolgende Resolution zur Schließung der Schachanlage Asse II in Remlingen:

- Ziel ist, die Belastungen für die Bevölkerung und die Umwelt zu minimieren. Durch eine unverzügliche Erarbeitung eines Optionsvergleichs und eine zügige Erstellung eines Abschlussbetriebsplanes sowie die Beschränkung der vorab durchzuführenden Maßnahmen auf das notwendige Maß ist sicherzustellen, dass vor der Genehmigung des Abschlussbetriebsplanes keine vollendeten Tatsachen geschaffen werden.
- Es ist gutachterlich umfassend zu untersuchen, wie und wo die in der Asse eingelagerten radioaktiven Abfälle langfristig und sicher zu entsorgen sind. In verschiedenen Veranstaltungen ist von allen Beteiligten zugesagt worden, dass das bergrechtliche Genehmigungsverfahren für den Abschlussbetriebsplan auf freiwilliger Basis so ergänzt werden soll, dass es materiell einem atomrechtlichen Verfahren entspricht. Diese Zusage ist vor Beginn des Verfahrens zwischen allen Beteiligten schriftlich zu vereinbaren, andernfalls wird gefordert, die Schließung der Asse II nach Atomrecht durchzuführen.
- Es ist zu gewährleisten, dass langfristig alle relevanten Parameter im Bereich der Schachanlage sowie in der Umgebung gemessen werden, um die chemischen und physikalischen Veränderungsprozesse rechtzeitig erfassen zu können.
- Die Bundesrepublik Deutschland wird aufgefordert, das Endlager auf Dauer zu betreiben und auf der Schachanlage Asse II eine Informationsstelle einzurichten, um die Bevölkerung auch nach der Schließung des Bergwerkes über die Einlagerung von radioaktiven Stoffen zu informieren."